

**NEOFASCHISMUS-
NEIN DANKE**

NEOFASCHISMUS – NEIN DANKE!

Herausgegeben von der KPÖ
Wien, Februar 1982

INHALT

Neofaschismus und Rechtsextremismus seit 1945	3
Der antifaschistische Kampf	18
Geschichte des Faschismus	28

AUTOREN: Eva Priester (dritter Abschnitt), Alfred Schiemer (erster und zweiter Abschnitt), Ernst Wimmer (Endredaktion)

UMSCHLAGGESTALTUNG: Hans Auer. Für die Vorderseite wurde ein Photo verwendet, das ANR-Aktivisten bei einer Provokation in der Wiener Universität zeigt. Rückseite: NDP-Trupp im „Wahlkampf“ Burgers für die Bundespräsidentenwahl 1980.

BILDNACHWEIS: Die Graphik auf Seite 13 (Landkarte mit dem Stimmenanteil Norbert Burgers) wurde der Broschüre „Von Hitler zu Burger?“, herausgegeben von der Jungen Generation in der SPÖ-Wien, entnommen. Wir danken für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

IMPRESSUM: Herausgeber und Verleger: Kommunistische Partei Österreichs. Hersteller: Globus, Zeitungs-, Druck- und Verlagsanstalt G. m. b. H. Alle: 1206 Wien, Höchstädtplatz 3.

Neofaschismus und Rechtsextremismus seit 1945

Sie schrien „Hoch Auschwitz!“ ...

„Hoch Auschwitz! Hoch Auschwitz!“ schrie die Meute immer wieder. Und einer aus der braunen Horde schlug, hochgeputzt von den rhythmischen Rufen, schließlich zu — auf den Kommunisten und Antifaschisten Ernst Kirchweger, der in einer Blutlacke buchstäblich mit eingeschlagenem Schädel liegenblieb. Die Kunst der Ärzte konnte Kirchweger nicht mehr retten, er erlag den Folgen des brutalen Angriffs.

Ernst Kirchweger hatte es am 31. März 1965 wie Tausende andere demokratisch gesinnte Österreicher als seine Pflicht empfunden, dem Aufruf der Österreichischen Widerstandsbeziehung zu folgen und in Wien gegen die neofaschistischen und antisemitischen Umtriebe von Professor Taras Borodajkewycz von der Hochschule für Welthandel (heute Wirtschaftsuniversität) zu demonstrieren. Eine Woche zuvor hatte sich Borodajkewycz in einer Pressekonferenz stolz zu seiner NS-Vergangenheit bekannt und gegen jüdische Mitbürger gehetzt. Es war dies keineswegs der erste derartige Auftritt des Welthandelsprofessors — NS-Wiederbetätigung gehörte sozusagen zum Repertoire seiner Vorlesungen —, doch diesmal strahlte auch das österreichische Fernsehen Ausschnitte aus der Veranstaltung des ewiggestrigen Borodajkewycz aus. Hunderttausende wurden so Zeugen der Tatsache, daß die verbrecherische Ideologie Hitlers in Österreich nicht tot war.

Der etablierte Neofaschismus

Im Jahre 1965 hatte sich der Neofaschismus in Österreich längst etabliert. Bereits sechs Jahre vorher hatten die diversen rechtsextremistischen Gruppierungen ihr erstes großes gemeinsames Auftreten, die sogenannte „Schillerfeier“ (der große deutsche Dichter und Humanist hatte das wahrlich nicht verdient) organisiert. Mit von der Partie waren deutschnationale Turnverbände, Studentenkorporationen und Landsmannschaften. Antifaschisten, die gegen den braunen Spuk protestierten, wurden von den Rechtsextremisten brutal niedergeknüppelt. Es gab 16 Verletzte.

Mit der „Schillerfeier“ trat klar zutage, was sich schon seit 1955 abzeichnen begonnen hatte — die Behörden wurden entgegen den antifaschistischen Bestimmungen des Staatsvertrags nicht gegen die Neofaschisten, sondern **zu deren Schutz** eingesetzt. Schon seit seinem Inkrafttreten war der Artikel 9 des Staatsvertrags, der die Auflösung aller nazistischen Organisationen zwingend vorschreibt, mehr oder weniger offen ignoriert worden.

Braune Welle nach dem Staatsvertrag

Nach 1955 verstärkten die Rechtsextremisten ganz allgemein ihre Aktivitäten. Vor allem in Ostösterreich, das sowjetisch besetzt war, schossen in



Nach dem brutalen Angriff eines Neonazis blieb der Kommunist und Antifaschist Ernst Kirchwegger mit eingeschlagenem Schädel liegen (oben). Kirchwegger (links unten) wurde zur Mahnung für Österreich — Zehntausende begleiteten 1965 den Demokraten auf dem letzten Weg (rechts unten).

den ersten Monaten nach dem Staatsvertrag in zahlreichen Orten die verschiedenen Kameradschafts- und Turnverbände wie die Schwammerl hervor. Aber auch in vormalig von den westlichen Alliierten besetzten Gebieten ist dieses Phänomen (wenngleich in einem geringeren Ausmaß, weil der „Nachholbedarf“ geringer war) nachzuweisen: Als Gründungsjahr des rechts-extremen und slowenenfeindlichen Kärntner Heimatdienstes scheint beispielsweise 1955 auf. Seine Vorgängerorganisation, der nazistische Kärntner Heimatbund, war 1945 verboten worden.

Die Entnazifizierung, die keine war

Freilich liegen die Gründe für diese Entwicklung in der Zeit nach dem Staatsvertrag tiefer, reichen ihre Wurzeln weiter zurück. Eine echte Entnazifizierung, eine breite ideologische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, gab es nach 1945 in Österreich nicht. Zwar wurden administrative Schritte gesetzt, die ein beträchtliches Ausmaß erreichten. Doch trafen diese nur zu oft die kleinen Mitläufer, während viele führende Nazis ungeschoren blieben. Vor allem fand kein Ringen um die vom Ungeist des Faschismus gefangenen Menschen statt. Ganz im Gegenteil hieß die Parole für die beiden Großparteien ÖVP und SPÖ bald nach 1945, möglichst viele Nazis für die eigene Partei zu gewinnen. Auch um den Preis des Taktierens mit unverbesserlichen Nazis, des Nachgebens vor diesen Elementen.

Unmittelbar nach der Zerschlagung des Hitler-Faschismus war eine derartige Situation schier undenkbar. Wie die Kommunistische Partei, die unter den

österreichischen Parteien die größten Blutopfer im Widerstandskampf gebracht hatte, waren auch SPÖ und ÖVP antifaschistisch eingestellt. Zumindest hatte es den Anschein, als wäre dem so. Und tatsächlich hatten ja Kommunisten gemeinsam mit Sozialisten und christlichen Demokraten in den Konzentrationslagern der Nazis gelitten, hatten einander geschworen, daß es niemals wieder soweit kommen dürfe.

Statt Antifaschismus — Antikommunismus: Die VdU-Gründung

Doch die Antifaschisten in den beiden Großparteien wurden schon wenige Jahre nach 1945 zurückgedrängt. Das entscheidende auslösende Moment bildete der aufkommende kalte Krieg. Dem blinden Kampf gegen den Kommunismus wurde binnen kurzer Zeit alles untergeordnet. Der „Antibolschewismus“ der alten Faschisten lieferte sowohl den Anknüpfungspunkt der neuen antikommunistischen Propagandawelle zu breiten Kreisen der Bevölkerung als auch zu eben diesen Faschisten selbst. Es bleibt eine geschichtliche Erfahrung aus den Nachkriegsjahren: Jede Form des Antikommunismus arbeitet dem Faschismus — dem rabiaten Antikommunismus — in die Hände.

Im Klima des kalten Krieges konnte leichter die Argumentation gebracht werden, daß „Realpolitik“ auf das Reservoir der Hunderttausenden Nazis Rücksicht nehmen müsse, sollte die eigene Partei nicht Stimmanteile verlieren. Die Konsequenz war ein Wettlauf um die Stimmen der „Ehemaligen“ mit allen Mitteln. Bei der Nationalratswahl 1949 sollten ja die Nazis gleichberechtigt sein (1945 waren sie vom Wahlrecht

ausgeschlossen). In der SP-Führung setzte sich die Meinung durch, das beste wäre die Legalisierung eines Sammelbeckens der Nazis, weil das der ÖVP einen beträchtlichen Teil ihrer Wähler kosten würde.

Innenminister Helmer (SPÖ) war federführend an den entsprechenden Verhandlungen beteiligt, bis schließlich der VdU — Verband der Unabhängigen — geboren war. Eine einzige Partei protestierte: die KPÖ. 1949 zog der VdU mit 16 Mandaten in das damals 165köpfige Parlament ein. Die legale Startbasis für die Ewiggestrigen war gegeben...

Werwolfvariante auf dem Abstellgleis

Die Formierung auf ungesetzlicher Basis war bereits 1947 mit dem Auffliegen der neonazistischen Gruppe um den Grazer Kaufmann Theodor Soucek mehr oder weniger als Variante ausgeschieden. Der Grazer hatte eine Werwolforganisation aufzuziehen versucht, die für die Wiedererrichtung des Dritten Reichs kämpfen sollte. Soucek wurde zum Tode verurteilt, die Strafe in lebenslangen Kerker umgewandelt. Absitzen mußte der Naziorganisator trotzdem lediglich drei Jahre: Er wurde auf dem Gnadeweg aus dem Gefängnis entlassen.

Soucek bedankte sich übrigens auf seine Weise. Er organisierte 1956 und 1957 SS-Treffen, gab das Buch „Wir rufen Europa“ heraus und spezialisierte sich auf die Propagierung eines vereinten Europa unter deutscher Vorherrschaft. Auch Soucek hatte inzwischen erkannt, daß die Ausnützung der von Regierung und Behörden gewährten Möglichkeiten zielführender war als der Aufbau einer Untergrundorganisation.

Ernst Kirchwegers Tod rüttelte auf...

Den für jedermann ersichtlichen erschütternden Höhepunkt, der aus der Politik der „Toleranz“ der beiden Großparteien gegenüber den rechtsextremistischen Kräften resultierte, bildete in den sechziger Jahren die Ermordung Ernst Kirchwegers. Damals schien sich für kurze Zeit, besonders in der SP-Führung, ein gewisses Umdenken anzubahnen. Der Tod Kirchwegers rüttelte Hunderttausende Menschen auf, die bisher die Frage des Neonazismus eher nicht beachtet hatten. Zehntausende folgten dem Sarg des ermordeten Kommunisten und Antifaschisten. Das Begräbnis gestaltete sich zu einer riesigen antifaschistischen Mahnkundgebung. Auch SP-Regierungsmitglieder (die große Koalition währte ja bis 1966) nahmen daran teil. Nicht zuletzt in der Arbeiterschaft wurden konsequente Maßnahmen gegen die wachsenden faschistischen Umtriebe gefordert, was gewisse Rückwirkungen auf die SP-Spitze auslöste.

... aber die politische Praxis der SP-Spitze lief anders

Doch unter der Oberfläche liefen die Dinge ganz anders. Inzwischen hatte die SP-Spitze begonnen, sich mit der Freiheitlichen Partei, der 1956 entstandenen Nachfolgeorganisation des einstigen Nazisammelbeckens VdU, direkt zu arrangieren. Heute ist es ganz offiziell, daß damals über Innenminister Olah beträchtliche Geldsummen an die deutschnationale Partei flossen. Leistungen für die mit Nazis durchsetzte Partei gab es von seiten der SPÖ aber nicht nur auf finanzieller Ebene: Der erste große Postenschacher galt dem



Das Österreichische Freiheitsbataillon am Wiener Ring (oben): Der Antifaschismus war 1945 unbestritten. Doch schon wenige Jahre später wurden die alten Nazis nicht nur toleriert, sondern auch geschützt. Bild unten: Eine Veranstaltung des rechtsextremen Abgeordneten Stüber.

Rechnungshof, zu dessen Präsident mit den Stimmen der SPÖ im Nationalrat ein FP-Mann gewählt wurde.

Die in erster Linie von Franz Olah verfolgte Linie der Unterstützung, des Aufpöppelns der Freiheitlichen Partei war auch in den SP-Führungsgremien nicht unumstritten. Doch Olah hatte — und ebenso seine politische Ausrichtung auf die FPÖ — zahlreiche Freunde. Einer dieser Freunde hieß Bruno Kreisky; der damalige Außenminister vertrat mit Olah vehement die Meinung, mit der deutschnationalen Partei müsse man es sich unbedingt „richten“, ohne Rücksicht auf Grundsätze.

Olahs Pläne und die „Kronen-Zeitung“

In einem Punkt allerdings unterschieden sich Franz Olah und Bruno Kreisky: Während Kreisky mit geschicktem Taktieren seine politischen Ambitionen verfolgte, ging Olah, der seinerzeitige Organisator der Schlägertrupps gegen die Streikenden im Oktober 1950, ohne irgendwelche derartige Vorbehalte in seinem Kampf um persönlichen Einfluß vor. Sogar eine eigene Privattageszeitung stand in seinem Konzept.

Die „Kronen-Zeitung“ wurde Ende der fünfziger Jahre gegründet; ganz genau genommen wiedergegründet, denn die „KZ“ hatte schon vorher, bis in die Zeit des Nazifaschismus, in Wien bestanden. Wie diese „Auferstehung“ der „Kronen-Zeitung“ finanziell abrollte, ist derzeit noch nicht mit hundertprozentiger Sicherheit zu sagen. Jedenfalls erklärt Franz Olah auch heute noch in Sachen „Kronen-Zeitung“ mit Nachdruck: „Ja, ich habe ihre Gründung ermöglicht. Weil ich gesagt habe, es ist gut, wenn eine Zeitung existiert, die uns

vielleicht freundlich gesinnt ist, objektiv, aber nicht vom Parteisekretariat redigiert wird.“ (Franz Olah in einem Interview in den „Salzburger Nachrichten“, 17. März 1980.)

Franz Olah wurde später wegen der Veruntreuung von Gewerkschaftssparbüchern mit Einlagen in Millionenhöhe verurteilt. Daß diese Sparbücher zur Gründung der „Kronen-Zeitung“ dienten, konnte gerichtlich nicht nachgewiesen werden. Allerdings erklärte Olah 1970 sogar eidesstattlich, daß die „Kronen-Zeitung“ allein ihm gehört; das war, während er seine einjährige Kerkerstrafe im Wiener Landesgerichtlichen Gefangenenhaus absaß. Ein kurzer „Häfenurlaub“ ließ Olah allerdings seine Meinung ändern, wie es heißt, gegen eine Millionenabfindung. Heute ist die „Kronen-Zeitung“ bekanntlich nur „unabhängig“.

Seltsam nur, daß eine gewisse deutschnationale Schlagseite des Blattes nicht zu übersehen ist: Das Kleinformat publizierte die berühmte „Judenserie“ (die auf Protest unzähliger Antifaschisten schließlich vorzeitig abgebrochen werden mußte), sprach dem Neonaziführer Burger einen „gewissen Idealismus“ zu und bringt nach wie vor als einzige Wiener Tageszeitung Werbung für die auch vom Obersten Gerichtshof als neonazistisch eingestufte „Deutsche Nationalzeitung“.

Einer der wichtigsten Kolumnisten ist Viktor Reimann, womit wir wieder beim FP-Vorgänger VdU angelangt wären, zu dessen Mitbegründern Reimann zählte. So manche Punkte der Wiedergründung der „Kronen-Zeitung“ und ihrer weiteren Geschichte liegen noch im dunkeln, so manche auf der Hand liegende Tatsache würde einer gerichtlichen Klage nicht standhalten, weil noch nähere Daten fehlen — allein, aus den Umständen der Neugründung und

der Schreibweise des Blattes kann sich jeder Antifaschist seinen Reim machen, was damals in den fünfziger Jahren mit welchem politischen Hintergrund gespielt wurde!

Die Entwicklung in der ÖVP

An der Ausrichtung der SP-Spitze auf die FPÖ hat sich seit Franz Olah und auch nach dessen Sturz nichts geändert. Doch blicken wir einmal zur ÖVP, die 1966 die Alleinregierung übernahm. Das Konzept der VP-Führung war schon seit der Zeit kurz nach 1945 stärker auf eine direkte Integration der ehemaligen Nationalsozialisten ausgerichtet (obwohl auch die SPÖ auf diesem Gebiet einiges „leistete“ und zum Beispiel in Kärnten für den mehr oder weniger nahtlosen Übergang von NSDAP-Mitgliedern in ihre Parteiorganisation sorgte). Ganz im Sinne dieses Integrationskurses wurde schon wenige Jahre nach 1945 die „Junge Front“ unter dem Vorsitz des deutschnationalen „Grafen“ Strachwitz gegründet, die in erster Linie die in die Hitler-Armee gepreßten Soldaten zu „Kriegshelden“ hochstilisierte, um so die „Ehemaligen“ zu gewinnen. Daneben wurde der Kontakt zu früheren nationalsozialistischen Funktionären auf andere Weise gepflegt. Eine bedeutende Funktion kam in diesem Rahmen den sogenannten Oberweiser Gesprächen zu, zu deren Vorreitern der spätere Nationalratspräsident Maleta und der 1965 traurigen Ruhm erringende Professor Borodajkewycz gehörten.

Waren das bereits Aktionen, die auf die antifaschistischen Funktionäre in der ÖVP wie Schläge ins Gesicht wirken mußten, so sollte es in den sechziger Jahren schließlich im Zuge der „Parteireform“ zur offenen Abrechnung

mit den Antifaschisten kommen. Diejenigen Antifaschisten, die noch nicht durch Krankheit oder Tod aus der aktiven Politik ausgeschieden waren, wurden nun per deklariertem Reformkurs ins politische Austragsstübchen oder in dessen Nähe befördert. Anfang der siebziger Jahre durfte „Graf“ Strachwitz kurz Auferstehung feiern — er wurde als einer von mehreren „unabhängigen“ deutschnationalen Nationalratskandidaten nominiert. Federführend an dieser Aktion war wieder einmal die für Deutschnationalismus besonders anfällige steirische VP-Landesorganisation beteiligt.

Die NDP tritt auf den Plan

In die Zeit der VP-Regierung fällt ein für die Entwicklung des unverhüllten Neonazismus markantes Ereignis: 1967 konnte der ehemalige Führer des Ringes Freiheitlicher Studenten und Südtirolterrorist Norbert Burger ungehindert seine als Ableger der westdeutschen Naziartei NPD organisierte „Nationaldemokratische Partei“ (NDP) gründen. Schon der Name und die Abkürzung NDP weisen eindeutig auf die Verwandtschaft zur NSDAP hin. (Ein früher oft gebrauchter antifaschistischer Slogan lautet nicht von ungefähr: „NDP plus SA ist gleich NSDAP!“) Auch war die einschlägige rechtsextremistische Tätigkeit des 1963 aus der Freiheitlichen Partei ausgetretenen Burger nur zu gut bekannt. Wegen Terrorismus wurde Burger 1968 in Wien zu acht Monaten, in Italien in Abwesenheit zu zweimal lebenslänglicher Haftstrafe verurteilt.

1967, als die NDP gegründet wurde, gab es übrigens das heute vielfach als Ausrede für angeblich fehlende juristische Handhaben gegen Neonaziorga-

nisationen verwendete Parteiengesetz noch nicht. Es galt ausschließlich das Vereinsgesetz, auch für die Gründung von Parteien. Der VP-Innenminister hätte die rechtliche Konstituierung der Bürger-Partei also ohne Schwierigkeiten verhindern können, was er aber — wohl nicht zuletzt mit Rücksicht auf Kreise am rechten Rand der Partei — nicht einmal versuchte.

Eine „tolerante Regierung“

Auch nach 1970, also nach der Installierung der SP-Regierung, wurden keine konsequenten Maßnahmen gegen die NDP ergriffen. Die Kommunisten, die von allem Anfang an das Verbot der NDP forderten, und Antifaschisten anderer weltanschaulicher Lager konnten durch Protestaktionen beträchtliche Teilerfolge erzielen. So mußten die Behörden aufgrund des antifaschistischen Drucks zahlreiche neofaschistische Kundgebungen und andere Provokationen verbieten — zum Teil nicht nur unter Berufung auf die Gefährdung von Ruhe und Ordnung, sondern unter klarer Bezugnahme auf die antifaschistischen Bestimmungen des Staatsvertrages. Letzteres war von doppelter Wichtigkeit, wurde doch damit unterstrichen, daß — entgegen verschiedenen Behauptungen — der Staatsvertrag die Behörden unmittelbar bindet.

Allerdings stand und stehen den Neofaschisten aufgrund der Tatsache, daß ihre Organisationen behördlich zugelassen sind, Tür und Tor zu verschiedenen Tricks offen. So melden neofaschistische Gruppierungen zum Beispiel Provokationen als „Vereinsversammlungen“ beziehungsweise seit der Anmeldung als Partei als „Parteitage“ an. Die Behörden kommen dann

mit der famosen Ausrede, man könne die Vereins- oder Parteitätigkeit der jeweiligen Organisation nicht verbieten und „müsse“ daher derartige nur für Mitglieder zugelassene Veranstaltungen ablaufen lassen.

Wie kam es zum Parteiengesetz?

Das Parteiengesetz vom 2. Juli 1975, wonach angeblich eine Untersagung schon existierender neofaschistischer Parteien nicht möglich ist, verdankt seine rasche Verabschiedung der Aufwertung der FPÖ durch die SPÖ. Die kleine Parlamentspartei unterstützte die SP-Minderheitsregierung 1970 bei der Beschlußfassung über das Budget und erreichte damit ein noch großzügigeres Entgegenkommen der Regierungspartei.

Seit langem störte die FP-Führung der Makel, daß ihre Partei lediglich als Verein und nicht als Partei anerkannt war. Als Parteien galten bis 1975 nur die demokratischen Gründungsparteien der Zweiten Republik, also ÖVP, SPÖ und KPÖ. Lediglich durch ein Parteiengesetz im Verfassungsrang konnte eine Neuregelung geschaffen werden; gleichzeitig waren sich alle drei Parlamentsparteien darüber einig, daß sie sich aus Budgetmitteln beträchtliche Summen für ihre Zwecke genehmigen wollten. Was lag also näher, als beide Dinge in ein Gesetz zu stopfen? Im Schnellzugtempo wurde das Parteiengesetz beschlossen. Es besteht zum größten Teil aus Regelungen für die Finanzierung der Parlamentsparteien. Nur die Einleitung des Gesetzes ist prinzipieller Natur und eine Verfassungsbestimmung.

Gegen faschistische Parteien nichts zu machen?

Tatsächlich findet sich in dieser Verfassungsbestimmung wohl die Gründung politischer Parteien geregelt, über eine etwaige Auflösung ist jedoch nichts zu lesen. Das stellt weit mehr als einen Mangel des Parteiengesetzes dar: Das Fehlen einer entsprechenden Bestimmung entspricht schlicht und einfach nicht dem Staatsvertrag, der das Verbot aller faschistischen Organisationen und damit auch die Berücksichtigung in allen damit zusammenhängenden Gesetzesformulierungen verlangt.

Die Auflösung von einmal genehmigten neofaschistischen Parteien schließt das Parteiengesetz trotzdem nicht aus, kann es gar nicht ausschließen. Denn selbstverständlich konnten sich die Parlamentsparteien mit dem Parteiengesetz nicht über die bestehenden verfassungsgesetzlichen Grundlagen der Republik hinwegsetzen. Daher bestimmt Artikel I, Paragraph 1, Absatz 3 des Gesetzes ausdrücklich: „Die Gründung politischer Parteien ist frei, sofern bundesverfassungsgesetzlich nichts anderes bestimmt ist.“ Es ist nicht schwer zu erraten, welche anderen bundesverfassungsgesetzlichen Bestimmungen gemeint sind: das NS-Verbotsgesetz und der Staatsvertrag, die beide zwingend Maßnahmen gegen neonazistische Betätigung vorschreiben. Namhafte Juristen haben daher bereits darauf hingewiesen, daß aufgrund dieser Verfassungslage die Gründung einer faschistischen Partei nicht nur rückgängig gemacht werden kann, sondern sogar rückgängig gemacht werden muß.

Dennoch ist die Bundesregierung nicht bereit, Schritte zu setzen — aus politischen Motiven. In der Rechtsex-

tremistenszene hat man natürlich sofort erkannt, welche Möglichkeiten sich aus der Anmeldung als politische Partei nach dem Parteiengesetz ergeben. Nicht nur die NDP wurde eine Partei, auch — um nur eine weitere Organisation zu nennen — die Aktion Neue Rechte (ANR), die mit der NDP zusammenwirkende Studentenvereinigung, machte von diesem Recht Gebrauch.

Das Hornberger Schießen um die ANR

Bei der ANR lag der Fall von NS-Wiederbetätigung so klar auf der Hand, daß sich selbst die Regierung nach einigen Jahren gezwungen sah, den Protesten der Antifaschisten entsprechend die rechtliche Auflösung des Vereins ANR einzuleiten. Die Sache ging wie das Hornberger Schießen aus. Die ANR löste sich vorsichtshalber vor dem entsprechenden behördlichen Bescheid selbst als Verein auf, was etwa dem SP-Zentralorgan „AZ“ Anlaß für die an die Antifaschisten gerichtete Beschwichtigungsmeldung bot, es gebe keine ANR mehr. Doch die ANR hatte sich längst als Partei angemeldet und als solche besteht sie noch immer, weil die Regierung bei ihrer These bleibt, wonach das Parteiengesetz keine Handhabe für eine Auflösung biete.

Ausreden um die Bundespräsidentenwahl

Formaljuristische Ausreden für handfeste politische Motivationen wurden bei der Bundespräsidentenwahl 1980 strapaziert, Demokratieverständnis zugunsten von Neofaschisten angewendet. Obwohl der NDP-Kandidat Norbert Burger in seinem „Wahlkampf“

eindeutig großdeutsche Propaganda betrieb, die der Staatsvertrag verbietet, fand die Wahlkommission seine Bewerbung für in Ordnung. Ja, nicht einmal eine massive NDP-Wahlbestechung bei der Sammlung der nötigen 2000 Unterstützungserklärungen, die die „Volksstimme“ aufdeckte, wurde von der Wahlkommission berücksichtigt. (Die NDP hatte die Unterstützungserklärungen für Burger systematisch für 150 Schilling von Obdachlosen gekauft; die „Volksstimme“ erbrachte mit einem kommunistischen Studenten, der sich zum Schein von der NDP anwerben ließ, den Nachweis für die Wahlbestechung. 1981 erfolgte die gerichtliche Verurteilung eines NDP-Aktivisten.)

In der Wahlkommission erhoben lediglich die beiden kommunistischen Vertreter Protest gegen die der antifaschistischen Grundlage der Zweiten Republik hohnsprechende Kandidatur eines Neofaschisten. „Die Wahlkundgebungen“ Burgers wurden auf Weisung des Innenministers mit dem größtmöglichen Einsatz von Exekutive geschützt (eine Burger-„Wahlversammlung“ in Wien-Josefstadt zum Beispiel von sage und schreibe achthundert Polizisten!). Die antifaschistische Bewegung — eine Aktionseinheit von Kommunisten, Sozialisten und Christen — formierte sich vor allem in den Ballungszentren.

Sind die Antifaschisten an den Burger-Stimmen schuld?

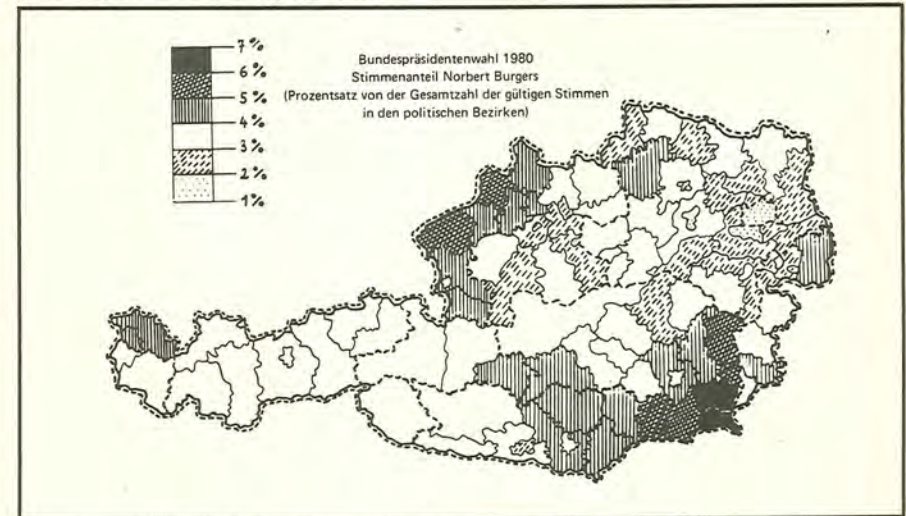
Das Ergebnis der Bundespräsidentenwahl ist bekannt. Burger erhielt nicht weniger als 140 000 Stimmen oder 3,2 Prozent. Bei dem relativ stabilen Parteingefüge in Österreich ein äußerst bedenklicher Wert. Der neofaschistische

Kandidat, der für die meisten Wähler den „starken Mann“ schlechthin verkörperte (große Bedeutung dürfte dabei Burgers vehementem Eintreten für die Todesstrafe beizumessen sein), erzielte in den wirtschaftlichen Krisengebieten Österreichs überdurchschnittliche Stimmenanteile.

Die Antifaschisten, die sich vor der Wahl von bürgerlichen Zeitungen allen Ernstes vorwerfen lassen mußten, sie hätten Angst, daß ihr „Krampus“ durch eine lächerliche Stimmenzahl für Burger zerstört würde, wurden nach der Wahl von Bundeskanzler Kreisky massiv angegriffen: Sie hätten Burger durch ihre Aktionen aufgewertet, erklärte er. Und die Massenmedien griffen diese Argumentation vielfach bereitwillig auf. Eine Argumentation, die sich schon allein dadurch selbst entwertet, daß gerade in den Städten mit antifaschistischen Aktionen und demokratischer Aufklärung der Nazikandidat unterdurchschnittlich abschnitt. Eine Argumentation, die aber auch grundsätzliche Fragen aufkommen läßt.

Wer wertet auf? Eine Wahlkommission, die einen Terroristen und Neonazi ganz ordentlich zum Kandidaten bei der Bundespräsidentenwahl ernennt? Oder Antifaschisten, die sich gegen diese Verletzung der österreichischen Verfassung wehren? Und wie war das in den zwanziger und dreißiger Jahren? Haben vielleicht die gegen Hitler kämpfenden Arbeiter, die Kommunisten und Sozialdemokraten Hitler aufgewertet? Hätten sie vielleicht nur abwarten sollen, bis der Faschismus durchkommt? Soll sich die Arbeiterschaft überhaupt gegen eine faschistische Gefahr zur Wehr setzen?

Fragen über Fragen, für die der SP-Vorsitzende und Bundeskanzler wie die gesamte SP-Spitze nur Ausflüchte und keine Antworten parat haben.



Seit der Bundespräsidentenwahl 1980 ist NDP-Burger (links oben) der unbestrittene Neonazi-Führer. Seinen „Wahlkampf“ führte er mit einem SA-ähnlichen Trupp (rechts oben). Die größten Gewinne erzielte er in wirtschaftlichen Krisengebieten (Graphik unten).

Das Trauerspiel um die Hochschülerschaftswahlen

Dasselbe Trauerspiel der SP-Führung wie bei der Bundespräsidentenwahl spielte sich rund um die Wahlen zur Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH), dem Parlament der Studenten, etwas später ab. Die Studenten hatten 1979 in der ÖH-Wahlkommission eine Kandidatur der neonazistischen Aktion Neue Rechte vereitelt. Mit der klaren Begründung, dies verstoße gegen die antifaschistische Verfassung unseres Landes. Die Ablehnungsfront gegen die ANR war einhellig. Sie reichte von den kommunistischen Studenten über andere linke demokratische Hochschüler bis zu verschiedenen bürgerlichen Studentenfraktionen.

Der Trick, der der ANR half

Die ANR legte nach den Hochschulwahlen 1979 gegen ihre Nichtzulassung beim (als Aufsichtsbehörde zuständigen) Wissenschaftsministerium Beschwerde ein. Nun wird es juristisch etwas kompliziert, der Modus ist aber wichtig: Logischerweise hätte das Wissenschaftsministerium diesen Antrag formell ablehnen müssen. Anschließend wäre der ANR noch der Weg zum Verfassungsgerichtshof offengestanden. Der Verfassungsgerichtshof, übrigens ein SP-dominiertes Gremium, hätte sodann **inhaltlich** prüfen müssen, ob die ANR tatsächlich neofaschistisch oder ob diese Behauptung aus der Luft gegriffen ist. Aller Voraussicht nach wäre das ein gewaltiger Bumerang für die ANR geworden.

Doch es kam anders. Wenn man einigen Quellen trauen darf, war der zitierte Bescheid bereits fix und fertig,

und Wissenschaftsministerin Firnberg ließ ihn sich bereits zur Unterschrift vorlegen, als es im letzten Moment nicht dazu kam. Nach dieser Version müßte es einen entsprechenden Regierungsbeschluß geben, der Firnberg an der Unterschrift hinderte (tatsächlich wurde später offiziell bestätigt, daß die Frage der ANR in Ministerratssitzungen angeschnitten wurde). Einiges spricht für diese Variante, wenn auch Firnberg vielleicht nicht so dramatisch knapp vor dem Unterschreiben des Bescheids stand. Mit einer ministeriellen Bestätigung, daß die ANR wegen Neonazismus nicht zu Wahlen zuzulassen ist, hätte sich die Regierung im selbst geschaffenen juristischen Dickicht verheddert, sich ad absurdum geführt — einerseits kein Verbot der ANR, andererseits das Verbot der Teilnahme bei Wahlen.

Eine „rein formelle“ Entscheidung ...

Jedenfalls kam es, wie gesagt, anders. Frau Minister Firnberg erließ den Bescheid nicht. Sie tat vielmehr schlicht und einfach nichts. Jeder Jurist wußte, was in diesem Fall geschehen mußte: Die ANR wandte sich mit einer Säumnisbeschwerde an den VP-dominierten und rechtslastigen Verwaltungsgerichtshof (der sich zum Beispiel in den sechziger Jahren für die Einreisemöglichkeit Otto Habsburgs nach Österreich erwärmte). Mit dem Verwaltungsgerichtshof hat es noch einen weiteren Haken — er prüft nur in formeller Hinsicht, **nicht** inhaltlich. Und so kam es zu dem Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofs, wonach die ANR kandidieren durfte.

Vor den Hochschülerschaftswahlen

1981 spielte sich ein in einer Demokratie unwürdiges Schauspiel ab, wurden Mitglieder der Wahlkommission mit dem Hinweis erpreßt, sie würden ins Gefängnis wandern, wenn sie die Nazi-gruppe ANR nicht zuließen(!). Bei der Wahl selbst errang die ANR ein Mandat im Zentralausschuß, dem gesamtösterreichischen Studentenparlament. Da-

nach brachten der Kommunistische Studentenverband und der Verband Sozialistischer Studenten von sich aus eine Beschwerde beim Wissenschaftsministerium und nach deren Ablehnung eine Klage beim Verfassungsgerichtshof ein. (Eine Entscheidung gab es in der Sache bei Redaktionsschluß dieser Broschüre noch nicht.)



DREI DEUTSCHE STAATEN ...
abgetrennte Gebiete-vertr. Menschen

BJV - BUNDESKONGRESS
12./13. Juli 1975 in Bregenz

Bund Volkstreuer Jugend
A-6911 Loochau-Postfach 14

Und dennoch - WIR SIND EIN VOLK



Von der Forderung nach der Todesstrafe (Plakat links oben) verspricht sich die NDP großen Wiederhall. Die verbündete ANR (links unten) steht der „Mutterpartei“ auch hier um nichts nach. Unverhülltes Anknüpfen an NS-Tradition ist bei beiden gefragt (Mitte oben).

Der Militarismus spielt für die Neonazis eine entscheidende Rolle: Ob beim Begräbnis des „Mussolini-Befreiers“ Skorzeny (rechts oben) oder im paramilitärischen Trupp (rechts unten) — immer wird marschiert für das „derzeit geteilte Reich“ (Nazi-Graphik Mitte unten).

Der antifaschistische Kampf

Der Turnerbundprozeß

Der juristische Kampf ist gerade in der Frage des Antifaschismus verwickelt, oder besser: Er wird von der Regierung und durch deren Maßnahmen kompliziert. Dennoch sind auf der juristischen Ebene Erfolge zu erzielen. Die „Volksstimme“ bewies es in dem Prozeß, den der Österreichische Turnerbund gegen sie anstrebte. Der ÖTB klagte wegen der unzweideutigen „Volksstimme“-Formulierung, die „Bundesturnzeitung“ des ÖTB sei wegen ihrer „neofaschistischen Schreibweise berüchtigt“.

Es wurde ein langer Prozeß, und der Rechtsanwalt (Privatanklagevertreter) des ÖTB hieß immerhin Broesigke. Aber zuletzt hatte es der ÖTB schriftlich und im Namen der Republik: Die „Volksstimme“ hat recht, die ÖTB-Zeitung schreibt neofaschistisch. Die juristische Niederlage des deutschnationalen Turnerbundes hatte auch politische Folgen: Unterrichtsminister Sinowatz zog den Ehrenschild über das Bundesturnfest des ÖTB in Villach zurück. (Andere Spitzenpolitiker, so SP-Landeshauptmann Wagner sowie VP- und natürlich FP-Funktionäre unterstützten das ÖTB-Spektakel trotzdem.)

Nicht juristischer Kampf allein...

Zweifelloso hat also der juristische Kampf der Antifaschisten einen Sinn. Es wäre freilich falsch, sich nur auf die Verfassungsgrundlagen der Republik,

auf Gesetze zu verlassen. Eine Verfassung muß mit Leben erfüllt werden, sonst ist sie nicht viel wert. Oder, wie es der Vorsitzende des Kommunistischen Studentenverbandes, Walter Baier, bei einer antifaschistischen Kundgebung formulierte: „Auf den Kampf auf der Straße, auf die Mobilisierung aller Demokraten kommt es an.“

Die Antifaschisten haben das erkannt und sich zu lokalen überparteilichen Personenkomitees beziehungsweise einem zentralen Komitee zusammengeschlossen, um ihre Aktivitäten zu koordinieren. Jeder Demokrat war zutiefst erschüttert, als am 18. Mai 1980 das Ergebnis der Bundespräsidentenwahl bekannt wurde. Doch die Antifaschisten gaben deshalb nicht auf, im Gegenteil: „Gerade jetzt!“ hieß und heißt die Devise. Eine machtvolle einheitliche Kundgebung wurde wenige Monate danach im ehemaligen KZ Mauthausen organisiert, Tausende kamen. Tausende demonstrierten auch gegen die ANR-Kandidatur bei den Hochschülerschaftswahlen. Und die meisten Demokraten haben erkannt: Der Kampf für das Verbot aller neofaschistischen Organisationen ist nicht von heute auf morgen zu gewinnen — die Sache ist langfristiger, sie erfordert das Engagement, die Kraft, aber auch die Geduld jedes Antifaschisten.

Das Vermächtnis aller Widerstandskämpfer

Wenn wir Kommunisten immer und immer wieder auf die antifaschistische

Verfassung Österreichs hinweisen, so tun wir das nicht, weil wir auf Paragraphen vertrauen, sondern aus einem guten Grund. Ja, man darf, man muß sogar sagen, aus einem uns heiligen Grund, aus einer Verpflichtung der Geschichte gegenüber.

Die Kommunistische Partei Österreichs war nie eine zahlenmäßig große Partei. Das hat historische Wurzeln, die mit der Entwicklung der Sozialdemokratie zusammenhängen. Aber diese keineswegs sehr große Partei hat die größten Opfer unter allen Parteien im Kampf gegen die Hitler-Barbarei gebracht. Wir sagen diese historische Wahrheit nicht, weil wir auftrumpfen wollen — nein, das Leben eines sozialistischen oder eines christlichen Widerstandskämpfers ist genausoviel wert wie das eines kommunistischen, ist genauso unersetzlich. Wir sagen diese historische Wahrheit, weil wir das unseren geschundenen, gefolterten, ermordeten Genossinnen und Genossen schuldig sind. Weil sie dafür gekämpft haben, daß wir in einem selbständigen, freien, demokratischen Österreich leben können. Weil sie dafür gekämpft haben, daß es nie wieder Faschismus in Österreich geben darf.

Faschismus bedeutet Krieg

Es war die Kommunistische Partei, die in den dreißiger Jahren theoretisch nachwies, was heute für die große Mehrheit unseres Volkes zur Selbstverständlichkeit geworden ist: daß die Österreicher sich zu einer eigenen Nation entwickelt haben. Es sind vor allem Neofaschisten, die die nationale Eigenständigkeit der Österreicher, die Unabhängigkeit unseres Landes in Frage stellen.

Aber es geht hier nicht nur um den moralischen Aspekt. Es geht vielmehr genauso um wichtige Lehren der Geschichte, die unter keinen Umständen verschüttet werden dürfen. Wir Kommunisten haben seinerzeit, wenn auch mit Fehlern, das sei hier ohne Umschweife angemerkt, als erste erkannt: Der Faschismus, das ist die Vorhut der äußersten Reaktion, der Todfeind der Arbeiterbewegung. Faschismus, das bedeutet die äußersten Kräfte des Kapitals, die auch dazu entschlossen sind, ihn als Mittel gegen ihre kapitalistischen Rivalen einzusetzen. Faschismus bedeutet Krieg!

Daher gilt es immer und überall, den Anfängen zu wehren, jeden Keim für eine mögliche Weltkatastrophe zu ersticken.

Keine akute faschistische Gefahr, aber...

Klar: Eine akute faschistische Gefahr besteht in unserem Land nicht. Wir wollen sie keineswegs — wie uns das etwa Bundeskanzler Kreisky unterschiebt — an die Wand malen. Es gibt keine akute Gefahr. Wahr ist hingegen, daß gerade in der heutigen Welt-situation einiges akut werden kann. Der US-Imperialismus zündelt, wo immer er kann, er propagiert den „machbaren“ Atomkrieg, er will den Menschen einreden, daß es „Wichtigeres als den Frieden“ gäbe. Die langfristigen Gefahren dieser Ausrichtung dürfen nicht unterschätzt werden. Gefahren für jedes europäische Land, auch für Österreich.

Ein derartiges internationales Klima zeitigt natürlich auch im nationalen Maßstab seine Auswirkungen. Vor allem aber dürfen die potentiellen Folgen



Die Saat des Kärntner Heimatdienstes geht auf: Gendarmerie in Sankt Kanzian bei der Festnahme von Slowenen, die gegen die Minderheitenhetze des KHD protestieren (oben). Zur KHD-Hetze gehört die Schürung der Angst vor Jugoslawien (KHD-Graphik links oben). Eine ähnliche Vorfeldfunktion wie der KHD erfüllt der Turnerbund, für den „Turnen mehr ist“, nämlich Erziehung zum Deutschnationalismus (unten: ÖTB-Spielmansszug und „deutscher Turner“).

einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation nicht unterschätzt werden.

Wir haben es bei der Bundespräsidentenwahl 1980 gesehen — eben in den Bezirken, in denen eine sehr hohe Arbeitslosenrate, Abwanderung und große wirtschaftliche Probleme vorherrschen, eben in diesen Bezirken gelangen dem Nazikandidaten massive Einbrüche. Gewisse Parallelen zur Zeit vor etwa fünfzig Jahren drängen sich auf. Nicht vergessen werden darf überdies: Jede faschistische Bewegung versucht, die Korruption im kapitalistischen System für ihre demagogischen Zwecke zu verwenden, ruft nach einem „Saubermann“, einem „starken Mann, der endlich Ordnung macht“.

Weniger Demokratie

In Österreich ist seit Jahren eine schleichende Entdemokratisierung zu beobachten. Das System der sogenannten „Sozialpartnerschaft“ trifft wichtige Entscheidungen vor dem Parlament, außerhalb der gewählten Vertretung. Wir Kommunisten machen uns keine Illusionen über den bürgerlichen Staat. Wir wissen, daß freie Wahlen nicht frei von Manipulation der Massenmeinung sind, wir wissen, daß das Spiel von Regierung und Opposition — bei ständiger Zusammenarbeit der „Sozialpartner“ — die Massen von einer echten gesellschaftlichen Alternative abhalten soll.

Die „Sozialpartnerschaft“ hat eine besonders schädliche Seite: Sie versucht, die Massen stillzulegen, sie zu entsolidarisieren. Statt Diskussion, Demokratie, Engagement gibt es Verordnungen „von oben“, die zu schlucken sind. Man spricht gern von „Demokratiemüdigkeit“ der jungen Menschen.

Was sagt jungen Menschen der in der Schule gepredigte Begriff Demokratie, wenn eben in dieser Schule von Demokratie nichts zu merken ist? Wenn im Geschichtsunterricht der Faschismus und Fragen der Demokratie nicht aufgearbeitet werden? Wenn anschließend im Betrieb das berühmt-berühmte österreichische „Kuschen“ auf der Tagesordnung steht? Was sagt jungen Menschen der Begriff Demokratie, wenn über die sie unmittelbar betreffenden Fragen in irgendwelchen Gremien gepackelt wird, wenn es nicht um die Interessen der sozial Schwachen, sondern um den „Konsens“, um die Übereinstimmung mit den Unternehmern geht? Wenn beispielsweise über ein neues Mietengesetz, das für Hunderttausende Österreicher die entscheidende Lebensfrage darstellt, eine Handvoll Leute entscheiden, die nie selbst eine Wohnung auf dem sogenannten freien Wohnungsmarkt suchen mußten, die nie Probleme mit horrenden Mieten hatten?

Die Gefahr des Faschismus liegt im Wesen des Kapitalismus, in der wirtschaftlichen und politischen Macht des Großkapitals, solcher Monopole, wie sie einst in Deutschland die Nazi-Partei finanzierten. Sie entspringt den Ungerechtigkeiten, den sozialen Ungleichheiten, den Tendenzen zur Entdemokratisierung, den Erschütterungen und Krisen, der Verlogenheit, die zum Kapitalismus gehören. Die bitteren, teuer bezahlten Erfahrungen mit dem Faschismus beweisen, wie gefährlich die Einengung, Verfälschung und Ausschaltung demokratischer Rechte und Einrichtungen werden kann, wie notwendig der Kampf für mehr Demokratie ist, um zu verhindern, daß Verbitterte, Enttäuschte sich den Feinden jeder Demokratie zuwenden.

Man könnte sagen: Das Großkapital

Österreichs selbst setzt heute nicht auf den Faschismus. Es hat ja die „Sozialpartnerschaft“. Aber zweifellos liegt Teilen des Großkapitals daran, Reserven der äußersten Reaktion für „härtere Zeiten“ aufzubauen. Sie sind deshalb dafür, daß nichts gegen die Formierung von Neofaschisten getan wird — natürlich im Namen der „Demokratie“.

Dem entspricht die Haltung der ÖVP, die sich jüngst besonders um die Gunst des Großkapitals bemüht. Über die FPÖ braucht man gar nicht viele Worte zu verlieren. ÖVP und FPÖ sind die klassischen Unternehmerparteien. Geht es ihnen wirklich um Demokratieverständnis, wenn sie für Toleranz gegenüber Neonazis eintreten?

Panzer für Faschisten ...

Die SP-Führung ist heute tief eingebettet in das Sozialpartnerschaftssystem, in die Zusammenarbeit mit „der Wirtschaft“, dem Kapital. Der „Konsens“ geht ihr über alles. Wie weit das führen kann, hat ÖGB-Präsident Benya bewiesen, als er sich anlässlich des Exports von Panzern an das faschistische Regime Argentiniens zusätzlich für den Export von Panzern an die faschistische Junta Chiles einsetzte, an deren Händen auch das Blut unzähliger Sozialisten klebt.

Trotzdem hat es Sinn zu kämpfen. Die Argentinien-Panzer wurden zwar geliefert, aber das vorher geplante Geschäft mit Chile platzte unter dem Druck von unten.

In Zusammenhang mit den Argentinien-Geschäften gelang es SP-Funktionären in einem Rüstungsbetrieb Arbeiter auf Demokraten zu hetzen. Nichts wäre aber falscher, als deswegen die Arbeiterschaft als „integriert“, als „gekauft“ abzutun. Am Kampf der

Kommunisten, aller Antifaschisten, wird es liegen, möglichst viele Arbeiter davon zu überzeugen, daß Faschisten weder direkt noch indirekt unterstützt werden dürfen, weil das auf die Arbeiterbewegung, auf die Interessen der Arbeiter zurückschlagen müßte.

Die „Toleranz“ für Neofaschisten und ihre Logik

Was hat das „verschlampte Verhältnis der Großparteien zum Rechtsextremismus“ verursacht, wie es der Politologe Anton Pelinka einmal eher mild ausdrückte? 1945 bestand für alle drei demokratischen Parteien, für ÖVP, SPÖ und KPÖ, kein Zweifel: Der Feind heißt Faschismus, er ist der Todfeind der Demokratie, der Todfeind Österreichs.

Wenige Jahre später hielt nur mehr die Kommunistische Partei an dieser für Österreich so wichtigen Erkenntnis fest. Die Führungen der beiden Großparteien hatten im aufkommenden kalten Krieg einen ganz anderen, in ihren Augen viel größeren Feind entdeckt — den Kommunismus. Mit den alten Nazis hingegen konnte man sich durchaus arrangieren. Die waren ja auch gegen den Bolschewismus ... Die SP-Führung übernahm dieses Weltbild, made in USA by McCarthy & Co., bereitwillig. Ob's um ein näheres Verhältnis zu der nach wie vor deutschnational orientierten und arbeiterfeindlichen FPÖ geht oder um Toleranz gegenüber Gruppierungen rechts davon, die Wurzeln sind hier zu suchen. Und auch die Gründe dafür, daß SP-Mitgliedern heute noch immer bei Ausschlussdrohung jede Zusammenarbeit mit Kommunisten verboten ist, während das Partei-

statut die Mitgliedschaft in rechtsextremen Organisationen wie dem Kärntner Heimatdienst durchaus zuläßt.

Die ÖVP und der Neofaschismus

Die Männer, die 1945 die Österreichische Volkspartei führten, waren Bürgerliche, oft der Arbeiterbewegung nicht gerade freundlich gesinnt, aber sie waren standhafte Antifaschisten. Nicht selten kamen sie direkt aus dem KZ. Diese Männer müßten eigentlich im Grab rotieren, würden sie sehen, wie ihre Partei jetzt zu Konzessionen dem „rechten Rand“ gegenüber bereit ist, wie sie viele antifaschistische Grundsätze über Bord geworfen hat.

Die „national-liberale“ FPÖ

Die Freiheitliche Partei, jenes „dritte Lager“, das einst zu einem beträchtlichen Teil die Totengräber Österreichs stellte, gibt sich in den letzten Jahren gerne liberal. Es stimmt, der neue FP-Obmann Steger gehört nicht dem traditionellen deutschnationalen Flügel an. Doch liberal heißt im Fall Steger: beihart reaktionär, auf modern getrimmt. Statt offen deutschnationaler Ideen wird ein vereintes „Europa der Völker“ propagiert. Der Haken für die Österreicher dabei: Da sie nach FP-Definition nach wie vor keine eigene Nation — höchstens eine „Staatsnation“, aber keine „Volksnation“ — darstellen, sollten sie nach diesem Rezept im „deutschen Volksgebiet“ des vereinten Europa aufgehen. Ab und zu muß sich Norbert Steger sogar offen als „Deutscher“ bekennen, dann nämlich, wenn es gilt, die Partei zusammenzukitten. Im Parteiapparat dominiert nach wie vor

der alte deutschnationale Teil der FPÖ, im Wählerpotential freilich bei weitem nicht. So hilft sich Steger nicht selten mit akrobatischen Kunststücken, wie einer „national-liberalen“ Konzeption. Für den deutschnationalen Flügel zeichnet nach wie vor Niederösterreichs FP-Obmann Harald Ofner, der relativ knapp unterlegene Gegenkandidat Stegers am Krisenparteitag 1980 und „echte Deutsche“ wie in Burgers NDP lobt.

Kein Wunder, daß von der FPÖ trotz aller vorgegebenen Liberalität die verschiedensten regen Kontakte zu rechtsextremistischen Organisationen laufen. Einmal ist's eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Kriegsverbrecher Jan Verbelen, zu der FPÖ und NDP im Burgenland einladen; ein andermal eine FPÖ-NDP-Aktion in Salzburg für den SS-Mann und fälschlichen „Major“ Reder. Und wieder ein anderes Mal nimmt gar die niederösterreichische Parteijugend zwei ANR-Führer in aller Form als Mitglieder auf. (Was, das sei hier ausdrücklich vermerkt, später den Ausschluß des niederösterreichischen Landesvorstandes durch die „liberale“ Bundesjugendführung auslöste. Doch eine Schwalbe macht noch keinen Sommer.)

Rechtsextreme Massenorganisationen und die Vortrupps

Organisationen rechts von der FPÖ gibt es genug. Eine ganz genaue Übersicht existiert nicht. Die Statistik des überparteilichen Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands hält bei etwa fünfzig Gruppierungen.

Die drei herausragenden Massen- und Vorfeldorganisationen des Rechts-





El vencedor de pruebas de Austria

Desde hace 50 años manufactura en Steyr, Austria y ahora. Desde hace más de 50 años hay un constante desarrollo técnico en la construcción de vehículos. A estos sorprendentes adelantos que el tanque de caza "Kürassier" de Steyr siempre consigue, se le añaden, gracias al país y en el momento de máxima línea de construcción, su alta potencia de fuego, su visibilidad en el terreno y una velocidad máxima de 80 km/h. convierten a los equipos. El tanque de caza Steyr puede equiparse con multitud de superestructuras. El asesoramiento y provisión de piezas de repuesto están asegurados a largo plazo.

La fábrica de armas Steyr produce equipamientos militares y produce por los países armados, desde el fuel, vehículos aptos para todos los terrenos hasta tanques siempre fieles a nuestro lema:

Precisión por tradición



Panzer für Faschisten: Für seinen Kürassier-Panzer wirbt der Steyr-Konzern auch direkt bei den „Zielgruppen“, wie das speziell für Lateinamerika entworfene Inserat (unten) beweist.

extremismus sind der Kärntner Heimatdienst, der Österreichische Turnerbund und der Österreichische Kameradschaftsbund. Laut eigenen zum Teil etwas übertriebenen Angaben zählen diese Verbände 110 000, 75 000 und 300 000 Mitglieder. Es wäre unsinnig, ja politisch schädlich, all diese hunderttausenden Menschen als Rechtsextremisten einzustufen. Nicht wenige Funktionäre unter den diversen Gau- und Dietwarten (und wie sie sonst noch heißen) haben jedoch vielfach eine nazistische Einstellung und versuchen in diesem Sinn auf die nichtsahnenden (etwa beim Turnerbund nur am Sport interessierten) Mitglieder einzuwirken.

Querverbindungen bestehen von diesen großen Organisationen auch zu den neonazistischen Gruppierungen wie NDP und ANR. Diese kleinen Gruppen macht nicht ihre zahlenmäßige Stärke gefährlich, sondern der Umstand, daß sie eine militärisch straffe Organisation anstreben und auf diese Weise Kerntrupps der Rechtsextremen bilden. Durch die Kandidatur bei der Bundespräsidentenwahl 1980 ist es der NDP und ihrem Führer Burger gelungen, sich als unumstrittenes Zentrum in der bis 1980 stark zersplitterten Rechtsextremistenszene zu etablieren.

Der antifaschistische Kampf der KPÖ

Was müßte gegen die Kern- und Vortrupps des Neofaschismus geschehen? Wir Kommunisten haben immer wieder das Verbot der Neonazivereine gefordert. Nicht, weil wir uns davon Wunder versprechen, sondern weil wir nüchtern kalkulieren: Der Entzug jeder legalen Basis würde diese derzeit unter dem Anschein der Gesetzlichkeit (Bundespräsidentenwahl!) agierenden

Gruppierungen beim Großteil der Bevölkerung von vornherein diskreditieren.

Das oft von Innenminister Lanc und Justizminister Broda gebrachte Argument, einen legalen Verein könne man besser überwachen, ist nicht stichhaltig. So war die Staatspolizei trotz Legalität der NDP nicht imstande, Brandanschläge und Überfälle von deren Aktivistengruppen zu verhindern oder auch nur etwa dahinterzukommen, daß für Burgers Kandidatur systematisch Unterschriften gekauft wurden. Ein Verbot würde außerdem jede Beteiligung an Wahlen von vornherein ausschließen, gleichzeitig die juristische Möglichkeit für die Herausgabe von Zeitungen, Mietung von Lokalen usw. auf Vereins-ebene nehmen.

Bei den großen Vorfeldorganisationen des Rechtsextremismus wäre ein Verbot nicht zielführend, weil ja die allermeisten Mitglieder keine Nazis sind. Vielmehr wäre jede öffentliche Förderung, sei es finanziell oder irgendwie sonst (zum Beispiel Ehrenschutz), einzustellen. Gleichzeitig müßte eine breite demokratische Informationskampagne einsetzen, die auch zu Veränderungen in den Vereinsvorständen selbst führen würde.

Aufklären oder verbieten? Eine solche Gegenüberstellung, wie sie Bundeskanzler Kreisky praktiziert, geht völlig daneben. Wie soll man zielführend aufklären, wenn gleichzeitig die Neonazis alle legalen Mittel zur Verfügung haben? Sollen die Antifaschisten vielleicht mit NDP-Burger über die Existenz von Gaskammern im Hitler-Reich „diskutieren“? Dem Scheinargument Kreiskys haben wir Kommunisten, und mit uns viele andere Antifaschisten, ein echtes Argument entgegenzuhalten:

Die Parole kann nicht heißen, Aufklären statt verbieten, sondern sie muß heißen: Aufklären **und** verbieten!

Für den Frieden kämpfen

Der antifaschistische Kampf kann auf nationaler Ebene verhindern, daß es der Reaktion gelingt, sich die gefährlichste und äußerste Reserve aufzubauen. Er kann und muß international dazu beitragen, der Macht der Monopo-

le, in deren Konzeption ein dritter Weltkrieg einkalkuliert ist, entgegenzuwirken, ihre Gefährlichkeit bewußt zu machen. Der antifaschistische Kampf ist untrennbar mit dem Kampf gegen einen neuen Krieg, mit dem Kampf für den Frieden verbunden. Dies ist sicherlich keine leichte Aufgabe, aber der wohl wichtigste Auftrag der antifaschistischen Idee und der bitteren geschichtlichen Erfahrung der Völker Europas — gerade heute!



Ein harmloser Bauernhof? Auf den ersten Blick vielleicht — auf den zweiten entdeckt man am Dach des Lindenhofes im niederösterreichischen Rappottenstein ein Hakenkreuz. Und wer genauer sucht, findet auch einen Bunkereingang (unten). Denn hier üben Nazi-„Wehrsportler“ (rechts unten).

Geschichte des Faschismus

Das Gespenst der Krise

Seit den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts fiel auf Europa der Schatten eines Gespenstes — des Faschismus. Er kam zuerst in Italien an die Macht und fand dann seinen blutigsten und furchtbarsten Ausdruck im deutschen Nationalsozialismus. (In mehreren Ländern, wie etwa im Österreich von Dollfuß oder im Spanien Francos, wurden dann auch faschistische Regimes unter Anwendung von Waffengewalt gegen die Arbeiterbewegung eingerichtet.)

Der Faschismus war die Diktatur des räuberischen, reaktionärsten Teils des Kapitalismus. Doch er unterschied sich in Herkunft und Form von anderen kapitalistischen Diktaturen. Voraussetzung für die Entstehung des Faschismus war die tiefe Krise des Kapitalismus in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg, zunächst, vor allem in Mitteleuropa, die Inflation, die Millionen kleiner Sparer ihre Ersparnisse raubte, die Existenz wesentlicher Teile vor allem des Kleinbürgertums, kleiner Geschäftsleute, Handwerker und so fort, vernichtete und das Großkapital auf Kosten der ganzen Bevölkerung sanierte. Ihr folgte Ende der zwanziger Jahre die große zyklische Krise des Kapitalismus, die Millionen Arbeitslose — allein in Deutschland etwa sechs Millionen — schuf.

Pseudosozialismus und Rassismus

Für die Bourgeoisie bestand die Gefahr, daß diese ausgeplünderten Millionen schließlich den Weg des Kamp-

fes gegen jenes System, das sie ausplünderte, den Kapitalismus, wählen würden. Und tatsächlich ging dem Machtantritt Mussolinis in Italien eine große Welle von Massenstreiks und Betriebsbesetzungen voran, wählten in der deutschen Weimarer Republik fast sieben Millionen Menschen bei den Wahlen die KPD. Es bestand für das Großkapital die Notwendigkeit, ein Herrschaftssystem zu wählen, das sich einerseits mit pseudosozialistischen Phrasen und einem pseudosozialistischen Programm tarnte (Mussolini in Italien war Chefredakteur des Zentralorgans der Sozialistischen Partei gewesen), andererseits alle chauvinistischen und rassistischen Vorurteile, denen auch manche Menschen anhängen, die durch Inflation und Krise expropriert worden waren, zum Herzstück seines Programmes machte.

So konstruierte der deutsche „Nationalsozialismus“ einen „Unterschied“ zwischen „raffendem“ und „schaffendem“ Kapital und warb zugleich mit Schlagworten, mit rassistischen und chauvinistischen Begriffen wie „Herrenmenschenrasse“, „Volk ohne Raum“ für die Eroberung neuer Gebiete, wie es den Interessen der aggressivsten Teile des Kapitals entsprach. Auf diese Weise gelang es dem Faschismus, sich eine Massenbasis zu verschaffen. An die Macht kam er erst durch die volle Unterstützung der reaktionärsten Kräfte des Finanzkapitals — in Deutschland im Jänner 1933.

Die „Gleichschaltung“

Der Faschismus konnte seine Herrschaft nur aufrechterhalten, indem er

ein Monopol für sich und seine Organisationen schuf. So bedeutete seine Machtübernahme nicht nur das Verbot aller politischen und gewerkschaftlichen Organisationen (in Italien dauerte dieser Prozeß einige Jahre, in Hitler-Deutschland ging er in wenigen Wochen vor sich), sondern auch die sogenannte Gleichschaltung des gesamten geistigen und kulturellen Lebens. Bei dieser Gleichschaltung kam dem deutschen Nationalsozialismus weitgehend sein antisemitisches Programm zu Hilfe, durch das er etwa jene kulturellen Organisationen verbot, jenen Schriftstellern und Malern jede Betätigungsmöglichkeiten verwehrte, die er zwar nicht als „bolschewistisch“ beeinflussen bezeichnen konnte, die er aber dafür als „vom Judentum verseucht“ bezeichnete. Mit diesem Stempel versehen, wurde jede demokratische oder humanistische Geisteshaltung oder Äußerung verfolgt.

Aggression nach außen ...

Der Faschismus war natürlich nicht imstande, die Probleme zu lösen, die die kapitalistische Ausbeutung mit sich brachte (er wollte das ja auch gar nicht), wenn auch dem Hitler-Faschismus die Tatsache zu Hilfe kam, daß ungefähr gleichzeitig mit seinem Machtantritt im Weltmaßstab die große kapitalistische Wirtschaftskrise einer Konjunktur Platz gemacht hatte. Er „löste“ die Probleme auf seine Art. Schon 1933 begann die massive Remilitarisierung Deutschlands, die Vorbereitung auf territoriale Eroberungen, mit denen er bald begann.

Ohne die ständigen Eroberungen, die mit der Remilitarisierung des Rheinlandes, dem „Anschluß“ des Saarlandes begannen und dann über die Okku-

pation Österreichs und der Tschechoslowakei fortgesetzt wurden, wären die inneren Widersprüche des kapitalistischen Systems auch unter dem Faschismus aufgebrochen. Die Sowjetunion, die damals dem Völkerbund angehörte, gab die Parole aus, Hitler-Deutschland durch „eine Mauer des Friedens“ zu zwingen, sich mit seinen eigenen Widersprüchen auseinanderzusetzen. Doch diese Mauer des Friedens kam nicht zustande, weil die großen Weltmächte, vor allem Frankreich und Großbritannien, hofften, Hitler-Deutschland zur Niederwerfung ihres Hauptfeindes, der Sowjetunion, benutzen zu können.

... und Massenmorde im Inneren

Das Gesicht des Faschismus waren Massenmorde an politischen Gegnern, Konzentrationslager, Verfolgung von Minderheiten, vor allem der Juden, von denen im Verlauf der Hitler-Herrschaft sechs Millionen in Vernichtungslagern ermordet wurden — und Krieg. Die Hitler-Regierung war zwar von Beginn an entschlossen, den Vernichtungskrieg gegen ihren Hauptfeind, den „Bolschewismus“, das heißt die Sowjetunion, zu führen, doch vorher wollte sie sich den Rücken im Westen frei machen. Und so folgte nach dem Überfall und der Eroberung Polens 1939, der die Westmächte zwang, Hitler den Krieg zu erklären (einen Krieg, der dreiviertel Jahre lang praktisch nicht geführt wurde, weil die westlichen Staatsmänner noch immer hofften, Hitler gegen die Sowjetunion zu lenken), die Okkupation Hollands, Belgiens, Dänemarks, Norwegens und eines Teils von Frankreich (später von ganz Frankreich) durch Hitlers Wehrmacht.

Großbritannien, dessen Truppen nur unter großen Opfern und Schwierigkeiten beim Überfall Hitlers auf Frankreich von Dünkirchen aus evakuiert werden konnten, wurde zum Objekt ständiger schwerer Luftangriffe auf seine Städte, die das Ziel hatten, die Zivilbevölkerung müde zu machen und zur Kapitulation zu zwingen. Sie hatten freilich die gegenteilige Wirkung, und es war auch zu einem großen Teil die antifaschistische und nationale Kampfbereitschaft der britischen Bevölkerung, die die Kapitulantenregierung Chamberlains stürzte, eine zum nationalen Widerstand bereite Regierung unter Churchill an die Macht brachte und, als im Sommer 1941 die Sowjetunion von Hitler überfallen wurde, Großbritannien (und einige Zeit später auch die USA) zwang, die große Allianz gegen Hitler-Deutschland abzuschließen.

Trotz dieser Allianz war es vor allem die Sowjetunion, die die Hauptlast des Krieges gegen Hitler-Deutschland trug — er kostete sie 20 Millionen Tote —, die die Wendung des Krieges in der Schlacht um Stalingrad erzwang und schließlich die roten Fahnen auf den Trümmern des Reichstages aufpflanzte.

Kein Mittel gegen den Faschismus?

War, so werden sich manche heute fragen, der Machantritt des Faschismus ein unabwendbares Schicksal, eine Katastrophe, der man nicht entgehen konnte? Die Antwort ist klar „nein“. Es gab etwa in Deutschland, aber auch überall sonst, eine Kraft, die den Machantritt des Faschismus hätte verhindern können — die kämpfende Einheitsfront der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen

antifaschistischen Kräften. Diese Einheitsfront — in Deutschland gab es 1932 acht Millionen Wähler der SPD und fast sieben Millionen Wähler der KPD — kam nicht zustande, vor allem, weil die SPD-Führung, für die die Kommunisten der Hauptfeind waren, sie verhinderte, zum Teil auch, weil die KPD nicht mit genügender Konsequenz und Energie um diese Einheitsfront kämpfte. Daß die deutsche Arbeiterbewegung den Nationalsozialismus kampfflos an die Macht ließ, gab ihm erst Schwung und Sicherheit.

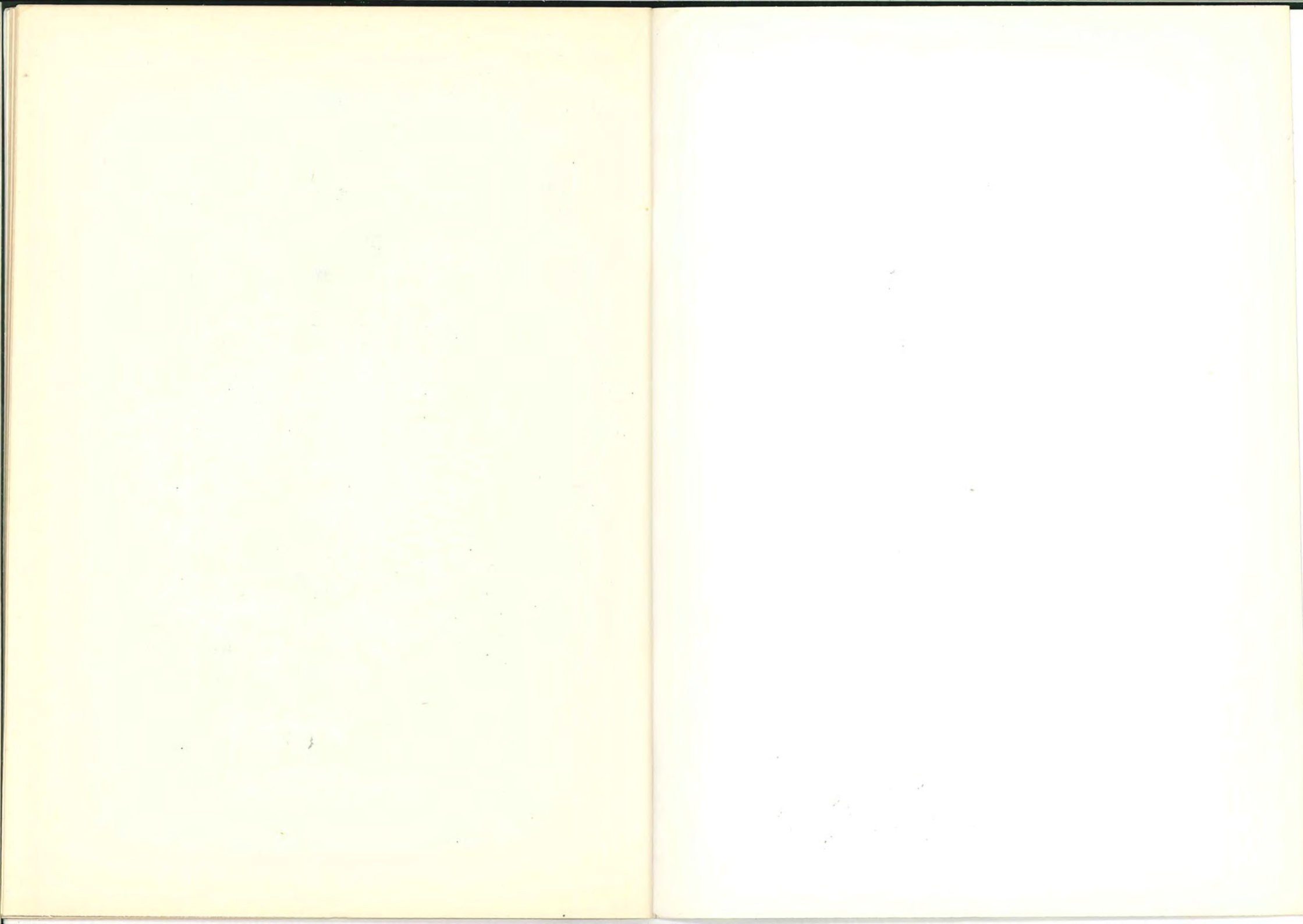
In mehreren Ländern gelang es der Einheitsfront, den Machantritt des Faschismus zu verhindern. So versuchten faschistische Organisationen, unterstützt von Teilen der Polizei, im Februar 1934 in Frankreich einen Putsch. Er wurde von einer Einheitsfront der Arbeiter zurückgeschlagen, an deren Zustandekommen die Kommunisten einen entscheidenden Anteil hatten.

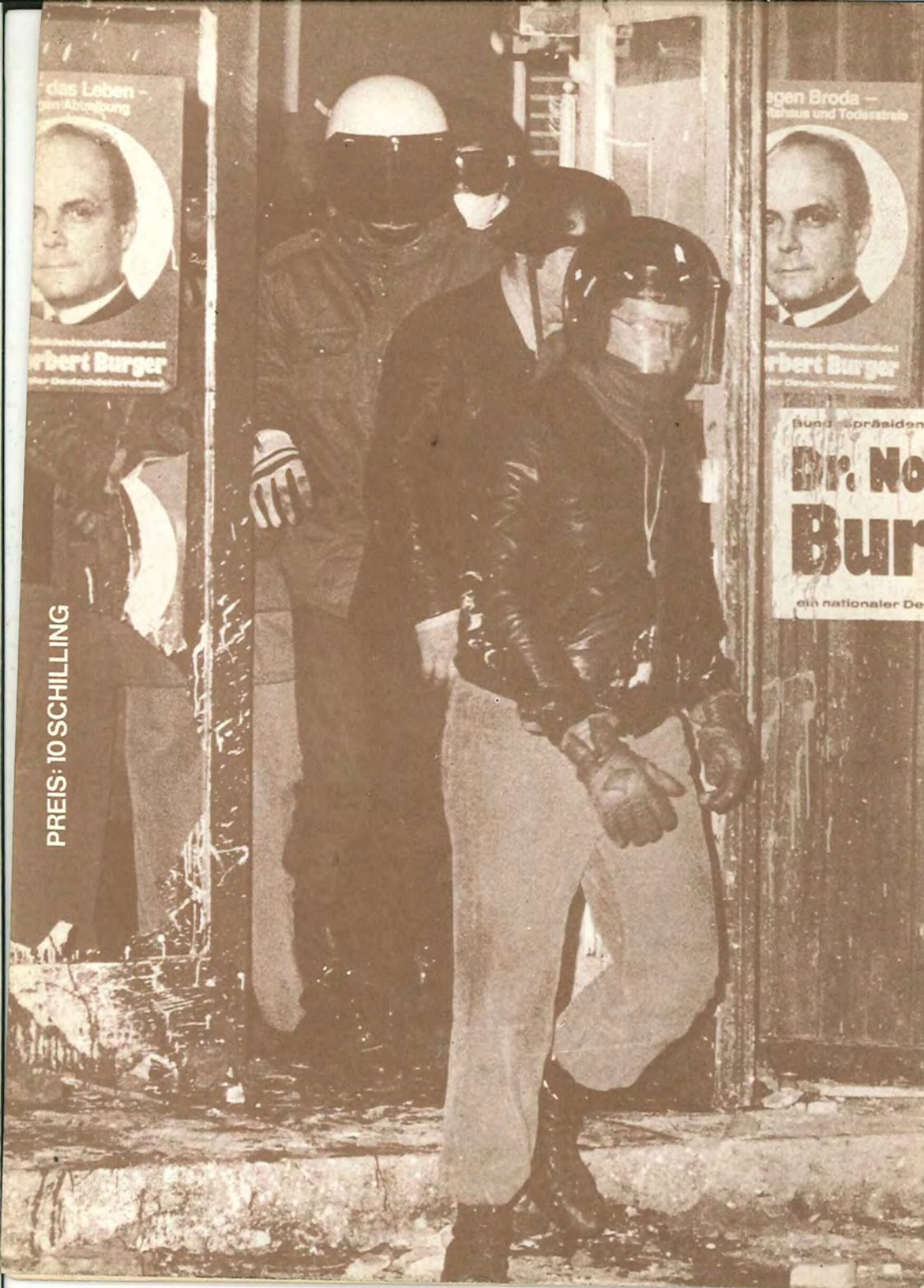
In Spanien bildete sich gegen den Generalputsch Francos eine antifaschistische, republikanische Front, die fast drei Jahre lang erfolgreich gegen die Franco-Truppen kämpfte und erst niedergeworfen wurde, als hitlerdeutsche und italienische Truppen, vor allem die Luftwaffe, an der Seite Francos in den Kampf eingriffen, während die Westmächte unter dem Titel der „Nichteinmischung“ praktisch eine Blockade nicht nur von Waffen, sondern auch von Lebensmitteln gegen das republikanische Spanien verhängten. Und im großen Krieg gegen Hitler spielten in den besetzten Ländern Widerstandskämpfer und Partisanen geeint in nationalen Fronten bei der Niederwerfung der hitlerdeutschen und italienischen Okkupanten eine gewichtige Rolle.

Nur die Einheit aller antifaschistischen Kräfte kann jede Gefahr des Faschismus besiegen.

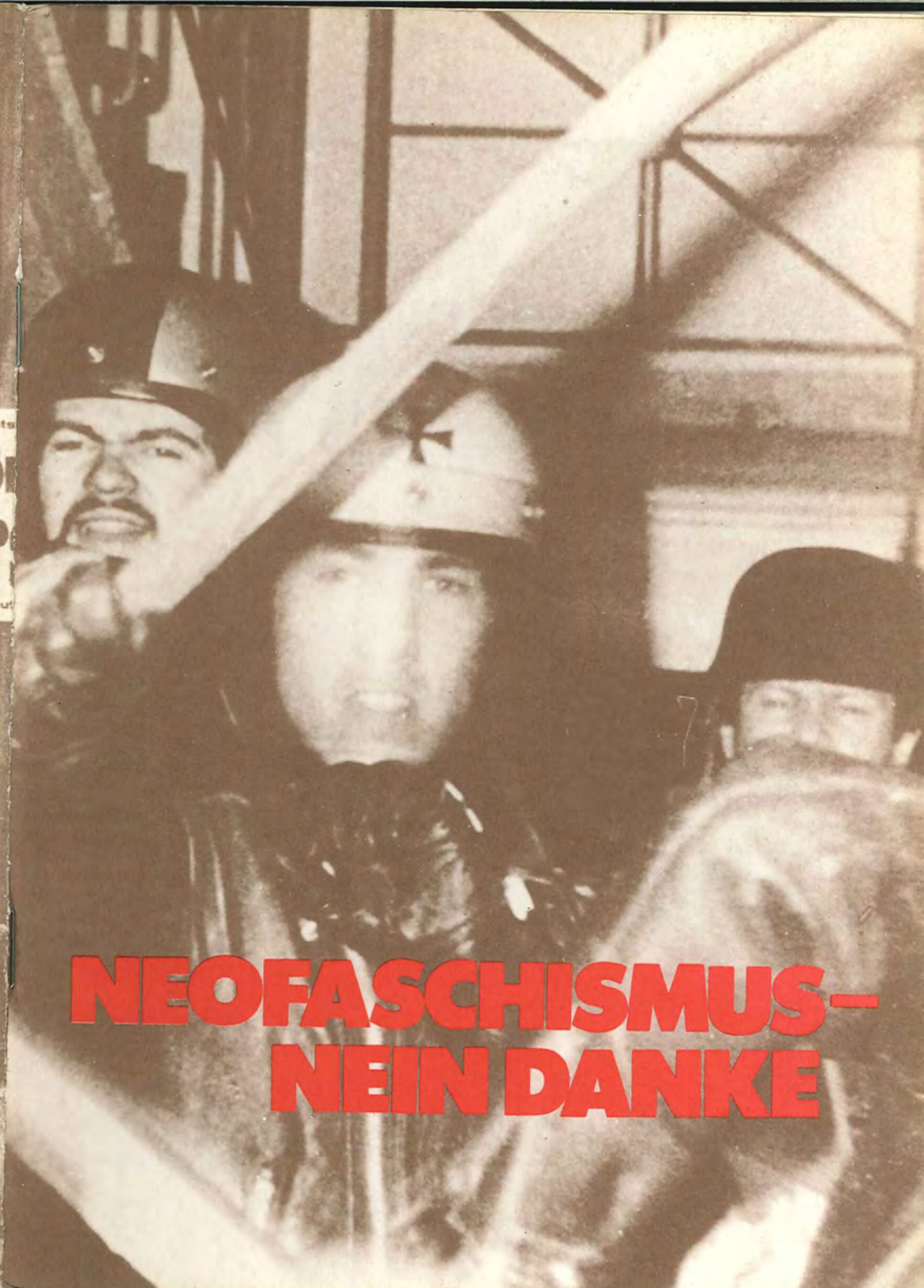


Wir müssen uns gegen den aufkeimenden Neofaschismus wehren — das haben Sozialisten, Christen und Kommunisten erkannt, die sich zur antifaschistischen Aktionseinheit zusammenschlossen. Besondere Beachtung verdient das Engagement der Studenten im antifaschistischen Kampf (unten).





PREIS: 10 SCHILLING



**NEOFASCHISMUS-
NEIN DANKE**